Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 5. März 1921

Nummer 108 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Konpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4823

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Forderung der Situation

## Vor der Reichstagssitzung

Erst um 5 Uhr nachmittags wird die deutsche Regierung sich bequemen, ihre Stellungnahme dem Reichstag bekanntzugeben. Bei der Kürze der Zeit bis zum Ablauf des Ultimatums bedeutet das eine außerordentlich starke Verzögerung. Es ist Schuld der anderen Reichstagsparteien, daß entgegen der Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie der Reichstag selbst auf diese Weise viel zu spät seinen eigenen Standpunkt kundgeben kann.

Und doch wäre dies außerordentlich notwendig gewesen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Dr. Simons in London in der unglücklichsten Weise operiert hat. Sein Auftreten war durchaus ungeschickt und hat das Gegenteil der Wirkung erzielt, die im deutschen Interesse gelegen wäre. Dazu kommt, daß er sich selbst den Weg, unter Umständen eine andere Basis für Vereinbarungen zu finden, außerordentlich erschwert hat. Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß die Differenz zwischen den Zahlungen, die Deutschland für die nächsten fünf Jahre anbietet, und den Forderungen der Entente verhältnismäßig geringfügig ist, daß die Anerbietung von Sachleistungen einen ziemlichen Spielraum für Verhandlungen geboten hätte und daß auch das Angebot eines Wiederaufbaues in natura von der Gegenseite nicht von vornherein hätte abgewiesen werden können. Das Auftreten Simons hat all diese Möglichkeiten verschüttet, und es wäre dringend notwendig gewesen, daß auch der deutsche Reichstag rechtzeitig in der Lage gewesen wäre, die notwendige Korrektur in einer so außerordentlich gefährlichen Situation unter Umständen vorzunehmen. Indem die Regierung ihre Stellung so spät bekanntgibt, wird dem Reichstag der ihm gebührende Anteil an der entscheidenden politischen Mitwirkung gerade in der denkbar wichtigsten Frage entzogen.

Dazu kommt noch ein anderer Umstand: Wir haben immer wieder betont, daß auch nach der Rede von Lloyd George die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen gelassen worden ist. Es ist deutlich zu erkennen, daß innerhalb der Entente Bestrebungen vorhanden sind, den Bruch mit allen seinen unberechenbaren Konsequenzen zu vermeiden. Es ist außerordentlich leicht und den politischen Tiefstand der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung auch durchaus angemessen, das deutsche Angebot als „letztes Wort" zu bezeichnen. Das ist aber nicht die Forderung der Situation. Im Gegenteil muß der Versuch nochmals gemacht werden, eine Grundlage zu finden, auf der weiter verhandelt werden kann. Und gerade, weil das deutsche Angebot für den nächsten Zeitabschnitt der politisch und wirtschaftlich der Entscheidende ist, den Ententeforderungen ziemlich weit entgegenkommt, könnte eine solche Grundlage gefunden werden.

Mit Einheitsdemonstrationen und parlamentarischem Schaugepräge wird nicht das geringste erzielt, außer der Täuschung des eigenen Volkes. Wenn der Reichstag sich seiner Verantwortung bewußt ist, dann muß er es durchsetzen, daß nicht große Worte gemacht und Stolz posiert wird, sondern daß vernünftig — in letzter Minute wenigstens — in London gehandelt wird.

## Die Tür noch offen!

London, 4. März.

Die Frage nach der Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Ultimatum der Alliierten steht im Mittelpunkte des öffentlichen Interesses. Die Aeußerungen der Berliner Presse werden aufmerksam verfolgt. Berichte aus Deutschland und Vermutungen über die Haltung der deutschen Delegation, die zu Hoffnungen auf ein Einlenken Deutschlands Anlaß geben könnten, werden an hervorragender Stelle gebracht und ausgiebig erörtert.

Während die liberalen Abendblätter „Westminster Gazette" und „Star" die gestrige Rede Lloyd Georges, besonders die Stellen, die darauf hindeuten, daß der Erste Minister eine Regelung der Reparationsfrage unter Beteiligung Deutschlands der Anwendung von Strafmaßnahmen vorziehe, in günstigem Sinne beurteilen, heben die übrigen Abendblätter die anklagenden Teile der Rede hervor.

„Westminster Gazette" meint, daß der Erste Minister und seine Kollegen die Türe für vernünftige Gegenvorschläge noch offenhalten, und daß es ihnen äußerst widerstrebe, Strafmaßnahmen aufzuerlegen, von denen sie wohl wüßten, daß sie das Wirtschaftsproblem, das über der Welt schwebt, noch verworrener machen würden. Das Blatt führt weiterhin aus, bisher habe kein Staatsmann der Alliierten gezeigt, wie man etwas Wesentliches aus Deutschland in seiner augenblicklichen Lage herausbekommen wolle. Kein Mensch glaube ernstlich an große Zahlungen, die über 42 Jahre verteilt seien. Niemand, der die Lage in Deutschland kenne, wage auf irgendeine große Steigerung der Beträge zu rechnen, die Deutschland augenblicklich für das Besetzungsheer, in Kohlen, in Vieh und in sonstigen Abgaben auf Grund des Vertrages von Versailles bezahle. Was Deutschland vielleicht zahlen könne, wenn seine Industrie wiederhergestellt sei und wenn es mit Rohstoffen versorgt werde, sei notwendigerweise eine Spekulation, die der Zukunft vorbehalten sei. Es sei absurd, Beiträge zu fordern, die nur erreicht werden könnten, wenn der deutsche Außenhandel die Weltmärkte überschwemmt, und zugleich genaue Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um deutsche Waren fernzuhalten und den deutschen Außenhandel an der Ausbreitung zu verhindern.

Das Blatt schließt: Wenn die Alliierten und Deutschland das Problem in dieser praktischen Weise erörtern wollen, dann werden sie die Kluft überbrücken und eine Lösung erreichen, wenn nicht, dann werden sie vielleicht weiter schreien und weiter streiten, aber eine Reparation wird dann nicht stattfinden, und die Finanzen Europas werden sich noch weiter verschlechtern.

# Die Reaktion in Italien

Noch vor wenigen Monaten konnte Serrati in seinem offenen Brief an Lenin Italien als das einzige Land rühmen, das von der Welle der internationalen Reaktion noch nicht erfaßt sei und wo allein noch die Kampfbedingungen des Proletariats verhältnismäßig günstig lägen. Aber seitdem haben sich die Dinge in Italien gründlich gewandelt. Die italienische Arbeiterschaft sieht sich heute einer über das ganze Land greifenden, in Waffen starrenden Organisation der Bourgeoisie gegenüber, die fortgesetzt die blutigsten Gemetzel provoziert.

Zeitlich fällt das Entstehen dieser sich selbst als „Fascio" (zu deutsch: Verband) nennenden Organisation mit den Gemeindewahlen im vergangenen Herbst zusammen. Der Erfolg, den bei diesen Wahlen die italienischen Sozialisten davongetragen hatten, hatte das Bürgertum in Schrecken versetzt. Weitere Nahrung fand der Gedanke der Schaffung von Selbstschutzorganisationen in den im September allenthalben erfolgten Fabrik- und Landbesetzungen. Damals hatte die Regierung Giolitti das bewaffnete Einschreiten gegen die Arbeiterschaft vorsichtigerweise abgelehnt und sich darum heftige Vorwürfe von der italienischen Bourgeoisie zugezogen.

Bis zum Beginn dieses Jahres traten die Fascisti nur gelegentlich hervor. Um so mehr hört man von ihnen seit dem Kongreß in Livorno. Fast jede Nummer des „Avanti" berichtet seitdem von Bluttaten, die diese Fascisti bald da, bald dort begehen. Ihre Reihen werden hauptsächlich von Studenten und anderen Bürgersöhnchen gebildet, während das Geld aus freiwilligen Beiträgen der Industriellen, der Großgrundbesitzer und zu einem großen Teil auch des gehobenen Mittelstandes herrührt.

Hatten bisher die von den Fascisti begangenen Akte einen sporadischen Charakter, so deuten die jetzt einlaufenden Meldungen auf einen planmäßigen Allgemeinangriff hin, der von Florenz auszugehen scheint. So werden vergangenen Sonntag gleichzeitig Fascisti-Aktionen aus Florenz, Spezia, San Remo, Pescia, Vercelli, Castellina in Chianti, Rovigo Pisa und andern um Florenz liegenden Gemeinden gemeldet.

In Florenz drang eine Gruppe Fascisti in das Gewerkschaftshaus ein und streckte den dort allein anwesenden Kommunistenführer Lavagnini ohne weiteres nieder. Die Erbitterung über diese Bluttat war so groß, daß die florentinischen Arbeiter am Montag in einen Generalstreik traten. Da das Militär gegen die Arbeiter eingriff, kam es zu lebhaften Straßenkämpfen. In San Remo hatte sich die Militärpolizei ebenfalls auf die Seite der Fascisti geschlagen. Auch dort ist darauf der Generalstreik erklärt worden. Einen förmlichen Feldzug unternahm ein größerer Fascisti-Trupp von Florenz aus gegen die in Händen der Sozialisten befindliche Gemeinde. Castellina in Chianti. Man verlangte von dem sozialistischen Bürgermeister die Uebergabe der Amtsschlüssel und brachte dem Führer der Militärpolizei eine Kundgebung dar, wobei ein Abgeordneter und steinreicher Großgrundbesitzer die Rede hielt.

Dieser Vorfall ist äußerst charakteristisch für das Wesen der Fascisti-Bewegung in Italien. Diese richtet sich im Augenblick mit ganz besonderer Intensität gegen die Landarbeiterorganisationen und wird von den meistens in den großen Städten lebenden Großgrundbesitzern geleitet.

Daß all diesen Vorkommnissen tatsächlich ein gemeinsamer Aktionsplan zugrunde liegt, verrät auch ein Artikel des bürgerlichen „Messaggero". Das Blatt schrieb am Montag:

„Es war seit gestern bekannt, daß in Gruppen geteilte Fascisti auf das Land nach Castillina in Chianti, Arezzo, sowie Livorno ziehen werden, um dort die sozialistischen Kundgebungen zu stören."

In Livorno tagte zu dieser Zeit der italienische Gewerkschaftskongreß und es zeugt von dem die Fascisti beherrschenden Machtgefühl, daß sie glaubten, selbst einen solchen Kongreß provozieren zu dürfen. Wie es scheint, ist eine Störung des Kongresses nicht erfolgt, dafür kam es aber im nahen Pisa zu lebhaften Unruhen. Da die Eisenbahner im ganzen Direktionsbezirk Florenz in Ausstand traten, waren die Kongreßdelegierten in Livorno blockiert.

Der „Avanti" bezeichnet das Wüten der Fascisti als ein Wiederaufleben mittelalterlicher Verfolgungen, nur daß die heutigen Schreckenstaten die des Mittelalters an Scheußlichkeit noch übertreffen. „Nach den Schrecken des Krieges", schreibt er, „fließen neue Ströme Bluts, nur damit, noch einmal und für immer, Herrentum auf der einen und Sklaventum auf der anderen Seite erhalten werden soll."

Die Leitung der sozialistischen Partei hat in einem Aufruf zu der Fascisten-Bewegung Stellung genommen. Darin heißt es:

„Dem heute mehr wie je tobenden mittelalterlichen Krieg müssen wir den Klassenkampf entgegenstellen. Das heißt: wir müssen der kapitalistischen Ausbeutung die vereinte

## Stürmische Kammerdebatte in Paris

Paris, 4. März.

Die Kammer besprach den Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung der Jahresklasse 1921. Der Sozialist Boncourt begründete einen Gegenvorschlag, der die Verkürzung des Militärdienstes auf ein Jahr schon von jetzt ab bezweckt. Kriegsminister Barthou lehnte den sozialistischen Gegenvorschlag ab und bemerkte, daß dieser nur 190 000 ausgebildete Soldaten ergeben würde, während allein am Rhein und im Auslande 140 000 erforderlich seien. Der sozialistische Gegenvorschlag wurde darauf mit 407 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Blum verlas eine Erklärung der sozialistischen Gruppe, die die Verantwortung für die Folgen der europäischen Politik der Regierung ablehnt. Renaud verlas eine kommunistische noch schärfer gehaltene Erklärung, in der es heißt, daß man die Urheber des Vertrages von Versailles vor Gericht stellen müsse, und daß man dem Kampfe zwischen dem französischen und dem deutschen Imperialismus beiwohne. Die ganze Kammer mit Ausnahme der Kommunisten geriet in lebhaften Zorn. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen.

Barthou steigt auf die Tribüne. Er protestiert energisch gegen die von dem kommunistischen Redner gesprochenen Worte. Die Rede Renauds sei unzulässig. Wäre er an seinem Platze geblieben, ohne darauf zu antworten, so hätte das Land ihm seine gleichgültige Haltung zum Vorwurf machen können. Es sei eine Beleidigung, die man nicht hinnehmen dürfe, denn über ihre Personen hinaus richte sie sich gegen Frankreich.

Frankreich sei überfallen worden, und zwar unter Bedingungen, daß die Kammer einmütig dagegen Stellung genommen hätte. Auch in diesem Augenblick gebe Frankreich den Beweis der Mäßigung. Deshalb könne er Frankreich nicht beleidigen lassen. Der kommunistische Protest sei eine Schande, er sei das Echo der von Minister Simons jenseits des Rheins unternommenen Kampagne.

General Castelnau stellte die Frage, wie die augenblickliche Lage Frankreichs sei. Er sagte: Wir sind am Rhein, und wir haben eklatante Beweise unserer Mäßigung gegeben. Wir nähren keine aggressiven Gefühle gegen Deutschland. Wir verlangen nur, was es uns schuldig ist. Wir wollen nicht zur Gewalt zurückkehren. Aber wenn Deutschland uns zum Aeußersten zwingt, dann muß es wissen, daß, wenn wir einmal dort sind, wir nicht ohne Garantien das Retourbillet lösen werden. Deutschland kann gegen uns nichts unternehmen, wir aber alles gegen Deutschland. Die Heereskommission vertritt den Standpunkt, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, die militärische Schraube zu lockern.

### Nationalistische Tendenzmeldungen

Kürzlich verbreitete Havas eine Meldung, nach der sich die französischen Bergleute für höhere Kohlenlieferungen Deutschlands ausgesprochen haben sollen. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes erkundigte sich darauf bei den anerkannten Führern der französischen Bergarbeiter und erhielt die Auskunft, ihnen sei die Havas-Meldung unbegreiflich. Schon auf der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf hätten sich französische Bergleute gegen das Ueberschichtverfahren ausgesprochen. Angesichts der Absatzkrisis in manchen französischen Kohlenbezirken könnten die französischen Bergleute naturgemäß erst recht kein Gewicht auf die Lieferung großer Mengen deutscher Kohle nach Frankreich legen. Schon seien zahlreiche Bergleute in Frankreich arbeitslos.

**Krassin wieder in London.** Krassin ist Freitag abend in London eingetroffen.

**Teuerungskrawalle in Athen.** In Athen fand eine große Protestversammlung wegen der Teuerung statt. Nach Schluß der Versammlung zogen die Arbeiter durch die Stadt und plünderten dort mehrere Banken und Geschäftshäuser. Es kam zu Zusammenstößen mit dem aufgebotenen Militär, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.

Macht der Organisationen entgegensetzen. Die Genossen wollen jegliche Provokation vermeiden und sich mit den Methoden verteidigen, die das ideale und moralische Gut unserer Partei darstellen." —

Ohne Zweifel findet die reaktionäre Bewegung die Förderung der Regierung. Diese weist zwar nach außen jede Gemeinsamkeit mit den Fascisti ab, aber sie duldet sie und läßt alle ihre Verbrechen unverfolgt, während sie unter den Sozialisten fortgesetzt zu Verhaftungen schreitet.

Auch in Italien stellt sich jetzt die von Moskau betriebene Parteispaltung immer deutlicher als ein Verbrechen heraus, denn während man sich dort um die Frage der Internationale zankte und von den 21 Punkten schwatzte, baute die italienische Bourgeoisie ihre Selbstschutzorganisationen auf und ist auf dem besten Wege, die in Ungarn, Frankreich und Deutschland herrschende Reaktion womöglich noch an Intensität und Grauenhaftigkeit zu überbieten.

## Der deutschnationale Staatsanwalt

### Er will als Monarchist sterben, leider findet sich keine Gelegenheit

Der Ausnahmeprozeß in Kassel wird am heutigen Tage zu Ende gehen. Die letzten Tage haben noch zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft geführt. Der Vertreter der Anklage, Dr. Meyer, hatte in seinem Plädoyer die Angeklagten als ehrlos bezeichnet; er hat keine juristischen Ausführungen gemacht, sondern eine deutschnationale Hetzrede gehalten, ein Loblied auf die Orgesch angestimmt und die Behörden aufgefordert, einen schärferen Kurs gegen die Arbeiterparteien einzuschlagen.

Es hat sich nun herausgestellt, daß der Staatsanwalt Dr. Meyer identisch ist mit dem Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer, der den Marloh-Prozeß in einer so famosen Weise führte, daß selbst der Vorsitzende sagen mußte, es sei noch nie in der Geschichte der deutschen Justiz in einem Prozeßverfahren mit soviel Niedertracht, Lüge und Gemeinheit gearbeitet worden. Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer spielte im Marloh-Prozeß nach außen hin den Harmlosen. Den Angehörigen der ermordeten Matrosen gegenüber tat er so, als bedauere er das Verbrechen, und er versprach ihnen wiederholt, sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit dafür einzusetzen, daß sie entschädigt werden würden.

Dieses Versprechen ist bis heute noch nicht erfüllt worden. Nachdem Herr Dr. Meyer in Kassel die Masken gelüftet hat, werden mancherlei dunkle Vorgänge des Marloh-Prozesses erklärlich. Herr Meyer hat sich nicht gescheut, in Kassel auszusprechen, daß er deutschnational bis auf die Knochen sei. Er sei überzeugter Monarchist und werde als Monarchist sterben. Schade, daß sich Herrn Dr. Meyer bisher die Gelegenheit zum Sterben noch nicht geboten hat. Die Gerechtigkeit, der Herr Dr. Meyer angeblich dienen will, würde durch sein Ableben keinen Verlust erleiden.

Der Verteidiger Dr. Wolff hat in seiner Entgegnung auf die monarchistische Propagandarede festgestellt, daß Staatsanwalt Dr. Meyer nicht aus Pflichtgefühl, sondern aus verbissener Wut seinen Zuchthausantrag gestellt habe. Er schäme sich aus diesen Gründen für den Staatsanwalt. Dr. Meyer ließ diese Ausdrücke protokollieren und stellte eine Beleidigungsklage gegen Dr. Wolff in Aussicht. Der Staatsanwalt meint also, er könne wehrlose Angeklagte schmähen und beschimpfen. Der Verteidiger habe nicht das Recht, im Namen der Angeklagten zu erwidern und die unerhörten Angriffe mit Gebühr zurückzuweisen. Auch hierbei zeigt sich die rechte Gesinnung des deutschnationalen Staatsanwalts.

## Wieder eine Korruption bei den Deutschnationalen

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Schwerin gemeldet: „Der mecklenburgische Landtag, der vor den Wahlen, die am 13. März vor sich gehen, noch zu einer Schlußsitzung zusammengetreten war, erlebte eine recht peinliche Ueberraschung durch die Beantwortung einer Anfrage. Die Sozialdemokraten hatten eine Anfrage eingebracht, die nähere Auskunft über ein Gerücht wünscht, wonach der deutschnationale Finanzminister Dettmann, der dem kürzlich abgelösten Rechtskabinett angehörte, sich während seiner Ministertätigkeit der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben sollte. Finanzminister Peterson, der die Anfrage beantwortet, stellte fest, daß durch die Untersuchung tatsächlich die Ueberführung des Beschuldigten erfolgt ist. Das Ministerium war aber nicht in der Lage, soweit es sich um Staatssteuern handelt, die verschwundenen Summen anzugeben. Vom Landesfinanzamt in Rostock ist Strafantrag gestellt und das Verfahren bereits eröffnet worden. Die Angelegenheit ist für die deutschnationale Partei um so peinlicher, als der frühere Staatsminister Dettmann auch auf der neuen Kandidatenliste vertreten ist und sie in ihrer Wahlpropaganda die großen Taten des Finanzministers Dettmann denen der Minister der Linksparteien gegenüberstellen und ihre Arbeitsminister nicht genug rühmen können."

## Gleiche Brüder, gleiche Kappen

Die bisher von den Schwerindustriellen ausgehaltene „Post", von der es hieß, daß sie am 1. April ihr Erscheinen einstellen werde, wird nicht mehr in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung", sondern in dem Betriebe des „Lokal-Anzeigers" hergestellt. Die beiden Blätter zeigen nicht nur technisch, sondern auch inhaltlich das gleiche Bild. Damit ist auch nach der Seite des „Lokal-Anzeigers" völlige Klarheit geschaffen worden. Auch dieses Blatt lebte bisher schon von industriellen Stipendien. Indem es jetzt die ihm gesinnungsverwandte „Post" in brüderlichen Schutz nimmt, will es auch äußerlich alle Unterschiede zwischen sich und dem Blatte der Scharfmacher verwischen.

Den Arbeitern, die es mit ihrer Ehre bisher noch für vereinbar gehalten haben, den „Lokal-Anzeiger" in ihr Haus kommen zu lassen, sollte diese Tatsache zu denken Anlaß geben!

## Die Orientfrage

Die Frist, die der deutschen Delegation zur Annahme oder Ablehnung der Ententevorschläge oder Einbringung neuer Gegenvorschläge in London gestellt ist, wird von den Ententehäuptern zur weiteren Erörterung des anderen noch schwebenden Konferenzpunktes, der Orientfrage, benutzt. Bekanntlich hatten die Besprechungen mit der griechischen und der türkischen Delegation ihr vorläufiges Ende gefunden mit dem Vorschlag der Alliierten, eine Untersuchungskommission, die die Bevölkerungsverhältnisse in Smyrna und Thrazien prüfen solle, zu bilden. Die griechische und die türkische Delegation sollten sich über Annahme oder Ablehnung dieser Untersuchungskommission schlüssig werden.

In den letzten Tagen gaben bereits Meldungen aus Athen zu verstehen, daß die griechische Nationalversammlung, der die griechische Delegation die Entscheidung übertragen hatte, sich ablehnend gegenüber dem Vorschlag der Entente ausgesprochen hatte. In der Sitzung, die die Führer der alliierten Delegationen gstern, Freitag nachmittag, im Palais von St. James in London abhielten, um die Antwort der griechischen und türkischen Delegation entgegenzunehmen, gab Kalogeropulos, der griechische Ministerpräsident, folgende Erklärung ab:

Die hellenische Regierung hat der Nationalversammlung den Vorschlag der Konferenz, betreffend die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Thrazien und Smyrna, unterbreitet. Zufolge der von den Führern aller Parteien und Abgeordneten von Thrazien gehaltenen Reden hat sich die Nationalversammlung, nachdem sie von neuem ihre Dankbarkeit und Hochachtung gegenüber den Großmächten zum Ausdruck gebracht hat, einstimmig gegen den unterbreiteten Vorschlag ausgesprochen.

Die türkische Delegation gab folgende Erklärung ab: In Uebereinstimmung mit den Weisungen, die sie aus Angora erhalten hat, nimmt die Delegation der großtürkischen Nationalversammlung die Entsendung einer Untersuchungskommission zu den von den Delegierten am 25. Februar 1921 formulierten Bedingungen an. Die Nationalversammlung ist der Ansicht, daß die Untersuchung unter der direkten Ueberwachung und unter der effektiven Kontrolle der alliierten Behörden vorgenommen werden muß.

Die Entscheidungen der beiden Delegationen sind nichts weniger als überraschend. Griechenland hat bei der Sache zu verlieren, die Türkei zu gewinnen. Die Einsetzung einer Untersuchungskommission für Smyrna und Thrazien bedeutet für Griechenland den ersten Schritt zur Revision des Vertrages von Sèvres, die, wie sie auch ausfallen wird, nur nachteilig für Griechenland sein kann. Die Türken, die besonders von Frankreich und Italien gestützt werden, ergreifen dagegen jede Gelegenheit, eine Revision durchzusetzen. Wie wenig die Freunde Lenins seine Ententepolitik mitmachen und wie sehr sie ganz die alten sind, nämlich die gerissenen, mit allen Kniffen der westeuropäischen Diplomatie vertrauten Politiker, zeigt ihr Verhalten vor und auf dieser Konferenz. Obwohl man von Angora aus erklärte, die Londoner Konferenz nur nach vorheriger Räumung von Thrazien und Smyrna und Nichtanerkennung der Konstantinopeler Delegation zu beschicken, kam man doch. Und man tat mehr. Schnell von der stolzen Haltung, zu der Moskau beglückwünschte, abweichend, begab man sich auf den Boden der realen Tatsachen. Statt der Räumung eine Untersuchungskommission, von der Angora sogar wünscht, daß sie unter direkter Ueberwachung und der effektiven Kontrolle der Alliierten arbeitet. Es scheint ziemlich sicher, daß die türkischen Nationalisten schneller ihren Frieden mit der Entente machen, als den russischen Kommunisten lieb ist. Enver Pascha und Kemal Pascha haben so gehandelt, und werden so handeln, wie sie ihrer ganzen Vergangenheit und ihrer politischen Einstellung nach handeln müssen. Sie auch nur einen Augenblick als zuverlässige Bundesgenossen einer proletarischen Regierung zu betrachten, blieb nur den Moskauer Illusionspolitikern vorbehalten.

Der Entente scheint übrigens die Entscheidung der beiden Delegationen unbequem zu sein. Die Bereitwilligkeit der Türken und die Ablehnung der Griechen bringt sie in die unangenehme Lage, einen unterschriebenen Vertrag entgegen dem Willen eines Mitunterzeichners und zugunsten des durch den Vertrag getroffenen Teiles abzuändern. Sie setzt natürlich alles daran, um einen Ausgleich zwischen Griechen und Türken herzustellen. Das beweist auch eine Havas-Meldung aus London. Danach haben Lloyd George, Briand und Graf Sforza nach der Konferenz mit der griechischen und der türkischen Delegation eine Besprechung über die Lage abgehalten, die durch die ablehnende Haltung der griechischen Regierung gegenüber dem Plan, eine Untersuchungskommission nach Thrazien zu entsenden, und auf der anderen Seite durch die Zustimmung der Regierung von Angora zu den wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages von Sevres geschaffen worden ist. Der Oberste Rat wird zweifellos die griechischen und türkischen Vertreter nochmals anhören, bevor ihnen amtlich die endgültige Antwort am Montag oder Dienstag mitgeteilt wird. Im Verlaufe der Sitzung hat Graf Sforza die Behauptung, daß Italien der Türkei Waffen geliefert habe, dementiert.

## Frankreichs Offensivpläne gegen Sowjetrußland

EE. Belgrad, 4. März.

Die Reise des früheren Ministerpräsidenten Vesnitsch nach London und Paris wird hier neuerlich mit den Bestrebungen Frankreichs, Südslawien zu einem Waffengang gegen Sowjet-Rußland zu verleiten, in Zusammenhang gebracht. In erregter Weise stellt das Belgrader Sozialistenblatt fest, daß Vesnitsch diese Mission im Einverständnis mit der Regierung übernommen und bereits Besprechungen mit französischen Politikern begonnen habe. Gleichzeitig wird die nicht uninteressante Tatsache festgestellt, daß der französische General Franchet d'Esperey bei seiner letzten Rundreise durch Südslawien die Truppen, Kasernen und Magazine inspiziert habe. Erregt fragt das sozialistische Blatt: **„Stehen wir wirklich vor einem neuen Kriege?"**

Das Parlament tritt am 14. März wieder zusammen und soll zuerst das Verfassungsproblem in Angriff nehmen. Wahrscheinlich werden bei dieser Gelegenheit die Proteste gegen Frankreichs Einmischung in die südslawische Politik zum Ausdruck kommen.

**Rumänische Grenzsperre gegen Ungarn.** Die rumänische Regierung hat die Grenze gesperrt und die Reisenden, die dort gestern eingetroffen sind, wieder nach Budapest zurückbefördert. Den Konsulaten wird mitgeteilt, daß die Grenzsperre auf unbestimmte Zeit angeordnet werde. Ueber deren Ursache könne jetzt nichts angegeben werden.

## Der Penner

**Skizze von Heinrich Prüter**

Sonntagmorgen. Ein dichter, alles durchdringender Regen fällt seit Stunden vom schwarzgrauen Himmel. Ich stehe am Fenster meiner im vierten Stock eines Hinterhauses gelegenen Wohnung und starre hinaus in das trübe Einerlei. Meine Augen durchdringen im Geiste die Wände des Vorderhauses, gleiten hinüber nach der anderen Seite der Straße und bleiben haften an einem massigen, aus roten Ziegelsteinen aufgeführten Häuserkomplex, dem städtischen Asyl, im Volksmunde „die Palme" genannt. Ich verliere mich in Erinnerungen vergangener Jahre. An einem ebensolchen regnerischen Tage kam ich als blutjunger Handwerksbursche nach Berlin zugewandert. Es waren wenige Tage vor dem Weihnachtsfeste. Ich hatte einen weiten Marsch hinter mir und war bis auf die Haut durchnäßt. Keinen Heller in der Tasche. Der Hunger durchwühlte meine Eingeweide und weil es schon spät am Abend war, blieb mir nichts anderes übrig, als Schutz und Obdach in der Palme zu suchen.

Hatte ich auf meinen Wanderfahrten durch die Welt schon viel Elend und Armut kennen gelernt, so war ich doch geradezu entsetzt über das Bild, welches sich meinen Augen hier darbot. In diesem riesigen Steinmassiv schienen sich die Aermsten der Armen ein Stelldichein zu geben. Alle Altersklassen, vom Greis bis zum Jüngling, waren hier vertreten und lagen, in ihrer jämmerlichen Armseligkeit bunt durcheinander gewürfelt, auf viele, von einer muffigen Luft durchschwängerte Säle verteilt, auf eisernen Pritschen beieinander.

In tausend Zungen wurde hier gesprochen. Tausendfach stiegen heiße Verwünschungen und lästerliche Flüche aus den Herzen dieser von der Welt Vergessenen gen Himmel empor, Ankläger einer Weltordnung, die dazu angetan war, arbeitsfreudige und nach warmem Leben hungernde Menschen in Schmutz und Elend verkommen zu lassen. Nach einer in furchtbaren Qualen verbrachten Nacht spie uns dieses Ungetüm, Asyl genannt, am frühen Morgen wieder aus und hungernd und frierend standen wir in dieser großen Steinwüste wieder da. Wir stapften davon, einzeln und auch zu zweien, ins Ungewisse hinaus. Einige mögen hier und dort gelandet sein, doch viele sind sicher am Wege liegen geblieben; verdorben, gestorben. —

Ich werde in meinen Träumen unterbrochen. Meine Augen hasten hinunter auf den Hof und ich sehe, wie sich die Hoftür des Vorderhauses langsam öffnet. Ein nicht zu erkennendes Etwas schiebt sich langsam zögernd durch den Türspalt. Mit verschärfter Aufmerksamkeit spähe ich nach unten. Jetzt kann ich durch Regen und Zwielicht schon einiges nähere unterscheiden. Ein buchstäblich in Lumpen eingewickeltes Individium tappt mit unsicheren Schritten auf dem Hofe vor und nähert sich den auf dem Hofe aufgestellten Mülltästen. Jetzt hat es die Mülltästen erreicht und das Lumpenpaket hebt den Kopf empor. Ich erkenne einen alten weißbärtigen Mann mit einem müden erloschenen Gesichtsausdruck. Struppiges, wohl seit langem nicht unter die Scheere gekommenes Haar, hängt ihm in wilden Strähnen um den Kopf. Wie suchend irren seine todesmüden Augen an den Häuserwänden empor, als suchten sie jemand, der sich seiner annehmen und erbarmen möchte. Doch alles bleibt still. Resigniert läßt er den Kopf sinken und macht sich bei den Mülltästen zu schaffen. Ich habe das Fenster aufgerissen, lehne mich weit hinaus, um besser sehen zu können. Der Alte hebt den Deckel eines Mülltastens empor und wühlt mit zittrigen Fingern im Dreck umher. Er scheint etwas gefunden zu haben, zieht es hervor und stopft es geschwind in den Mund. Mir erstarrt das Blut in den Adern. Ich will hinunterschreien, doch ist mir die Kehle wie zugeschnürt. Da, er hat schon wieder etwas gefunden und läßt es ebenso geschwind im Mund verschwinden. Fieberhaft, wie ein hungriger Hund, wühlt er mit beiden Händen im Unrat umher. Plötzlich ertönt eine helle Kinderstimme: „Sieh doch mal, Trude, der Penner frißt aus dem Mülltasten." Drei, vier kleine Kinder haben sich vor der Hoftür eingefunden und sind erstaunt ob des Alten. Die helle Kinderstimme hat ihn erschrocken zusammenfahren lassen. Langsam, um kein Geräusch zu machen, läßt er den Deckel auf den Kasten fallen und wirft einen vorwurfsvollen anklagenden Blick nach den unverständigen Kleinen. Mit schleppenden, unsicheren Schritten, wie er gekommen, verläßt er den Hof. Mit lautem Geschrei stürmen die Kinder davon. Ich erwache aus meiner Erstarrung und schlage voll bitteren Ingrimms das Fenster zu. Etwas Entsetzliches, Furchtbares habe ich soeben erlebt. Ich sah einen Menschen, einen Bruder in unsäglichem Elend, in seiner tiefsten Erniedrigung, dem Tiere gleich. Und daß es heute noch solche Kreaturen gibt, Menschen genannt, die wie die Tiere vegetieren müssen, daran tragen wir, wir Arbeiter ein groß Teil Schuld mit bei. Wir jagen weit entfernten Phantomen nach, verlieren uns in blindwütigem Parteihader und haben keine Zeit, uns um unsere Schwestern und Brüder zu kümmern, die derweil in Schmutz und Elend zugrunde gehen.

## Musik

Die verminderte Leistungsfähigkeit des Bläseremsebles innerhalb qualifizierter Orchesterverbände muß die Dirigenten allmählich skeptisch stimmen in der Auswahl ihrer Werke und zu einem degenerativen Umschwung im gesamten Konzertleben führen. Anläßlich der letzten Mahler-Konzerte mit den Philharmonikern habe ich auf dieses auffällig hervortretende Symptom hingewiesen. Ganz erheblich ist das Niveau von Aufführungen mit dem Blüthner-Orchester durch die völlige Unzulänglichkeit des Blechbläserchores in Frage gestellt. Die Ausdeutung der Zweiten Symphonie von Brahms unter Theodor Müngersdorf hatte bedeutlich unter diesem Mangel zu leiden. Andererseits fehlt Müngersdorf jede Initiative und Persönlichkeit, um Kräfte bis zu äußersten Möglichkeiten anspannen und mitreißen zu können. Er ist der typische „tüchtige" Kapellmeister, routiniert in der Partiturbeherrschung und im Taktschlagen; es mag für ihn viele nützliche Verwendungen in der Musikausübung geben, aber er gehört nicht an exponierte Stelle, weil er nichts aus eigener Anschauung und seelischer Ueberlegenheit zu vergeben hat. Der ganze Brahms war verweichlicht und verwaschen herunterdirigiert. Keine Linie war plastisch herausgearbeitet, Kontraste im Stimmungsgehalt und Stärkegrad kamen nirgends überzeugend zur Geltung. Nicht Reflexion, nur Impulsivität kann die strenge, kompakte Architektonik Brahmscher Symphonien zu seelische Schwingungen verlebendigen.

Kerniger und selbstbewußter schreitet der junge Nordländer Kurt Atterberg zur Tat, der wiederum aus dem Bereich neuer schwedischer Musik übermittelte. In seiner gezügelten unbedingten Art, mit der er die differenzierten Kräfte des Orchesters seinem Willen gefügig macht, ist Reife und geistiges Vermögen erkennbar. Dennoch bleibt der Eindruck zurück, daß sich alles Musikalische bei ihm mehr durchdacht intellektuell als empfangen suggestiv auswirkt. Es gibt starke Momente, aber keine hinreißenden Stimmungen. Er gebietet als Komponist über entwicklungsfähigen Themenstoff und doch versinnlicht sich nur wenig Melodik; die Orchestration ist im einzelnen durchaus instrumentalgerecht, aber ohne charakteristische Klangeigenheit und -färbung. Nur die schroff motivischen Bläserstellen in dem „Intermezzo" aus der Oper „Herwarth der Harfner" prägen typisch nordisches Wesen. Die „Piccola Sinfonia", gebaut auf schwedischen Volksliedermelodien, ist mit Ausnahme des spätmahlerisch nachempfundenes Adagios ein konstruktives Tonskelett.

Voll ungleich üppigerem Gehalt ist das Streichquartett Es-Dur des Dänen Carl Nielsen, das von der Kopenhagener Quartettvereinigung (Gunna Breuning, Gerhard Rase, Ella Faber, Paulus Bache) zum ersten Male in Deutschland gespielt wurde. Inspiration, die in leidenschaftlich schwungvoller Melodik und pulsierender Klangsinnlichkeit strömt, erfüllt die Schöpfung mit Sonntagkeit und innerlichem Reichtum. Obgleich sich die Tonsprache zu kleinen harmonischen Außergewöhnlichkeiten aufschwingt, kündet sich eine sehr starke Eigenschaft in der Flut der Erfindung, und die Hand des Meisters wird in der reifen Beherrschung und Nutzung der verschiedenartigen Instrumentencharaktere und ihrer organischen Verquickung allenthalben spürbar. Im orgelstilistischen Andante voll steigender Kontrapunktik verliert sich zum Schluß die melodische und harmonische Intensität. Das Scherzo im Forte-Springstrich entlädt konvulsive Temperamente. Lebendiger Rhytmus straft das ganze Werk und läßt das Interesse keinen Augenblick ermatten. — Die Ausführenden sind ungleichwertig zusammengesetzt. Der ersten Geigerin, die einen vollen kantilenen Klang aus ihrem Instrument zieht, fehlt noch die Ueberlegenheit als Quartettführerin und sie beherrscht noch nicht die Feinheiten der Tönung und Verschwingung im Mozartspiel. Im höchsten Maße allen Anforderungen gewachsen ist der Cellist Paulus Bache mit seiner sublimen Tongebung, während die Bratschistin beeinträchtigend hinter der Leistungsfähigkeit des Ensembles zurückblieb.

Alice Haßler-Landolt hatte für ihren Klavierabend in der Philharmonie Arthur Nikisch als Orchesterleiter gewonnen.

# Die Unterdrückung Georgiens

## Protestkundgebung der russischen Sozialdemokratie

Die Auslandsvertretung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei richtet einen Aufruf an alle proletarischen Organisationen der Welt gegen den Ueberfall Sowjetrußlands auf Georgien und stellt folgendes fest:

1. daß Sowjet-Rußland die Unabhängigkeit der georgischen Republik anerkannt hatte;
2. daß das von Sozialdemokraten regierte Georgien keine Angriffspläne gegenüber Sowjet-Rußland hegt oder hegen kann, und daß dieses kleine Land nie eine Gefahr für das ungeheuer große Rußland darstellen kann;
3. daß die Sowjet-Regierung, nachdem sie mit Hilfe ihrer Truppen in Azerbeidschan und Armenien den Umsturz vollführt hatte, der die tatsächliche Macht in diesen Ländern ihr in die Hände spielte, im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Georgien Verschwörungen unterstützte, die darauf abzielten, Georgien das gleiche Ende zu bereiten, wie den erstgenannten Ländern;
4. daß die Sowjet-Regierung im Verfolge dieser Politik mit muselmännischen und armenischen Nationalisten zusammenarbeitet, die in den in Betracht kommenden Gegenden mit gemischter Bevölkerung den Massen- und Völkerhaß zwischen den einzelnen kaukasischen Nationen entfachen und verschärfen;
5. daß die infolge der geschilderten Politik entstandenen bewaffneten Konflikte von der Sowjet-Regierung zu dem Zweck ausgenützt wurden, um in Georgien ohne Kriegserklärung einzufallen;
6. daß diese Bedrohung der Unabhängigkeit Georgiens von allen russischen Reaktionären freudig begrüßt wird, einerseits aus dem Grunde, weil die Sozialdemokraten Georgiens ungeachtet des mächtigen Druckes der Entente es immer abgelehnt haben, an den konterrevolutionären Feldzügen gegen Sowjet-Rußland teilzunehmen, andererseits, weil diese Bedrohung der Unabhängigkeit Georgiens durch Sowjet-Rußland alle von Rußland abgefallenen Randstaaten in die Arme der russischen und internationalen Gegenrevolution wird jagen müssen;
7. daß die Entscheidung von Streitfragen zwischen zwei von Sozialisten regierten Staaten durch Waffengewalt eine unerhörte Blamage für den Sozialismus bedeutet, einen Bruch mit den elementaren Grundsätzen der internationalen Klassensolidarität darstellt, indem russische sozialistische Arbeiter gezwungen werden, auf georgische Arbeiter zu schießen, und einen nie wieder gutzumachenden Schaden der Sache der russischen und der internationalen Revolution anrichtet.

In Anbetracht dessen brandmarkt die S. D. A.-P. Rußlands mit Entrüstung den Ueberfall der Sowjettruppen auf Georgien und fordert alle proletarischen Organisationen der ganzen Welt auf, einen energischen Druck auf die russische Sowjetregierung auszuüben, um die bolschewistischen Machthaber zu zwingen, auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die von ihnen selbst unterzeichneten Friedensverträge zu achten und die friedliche Republik der georgischen Arbeiter und Bauern in Ruhe zu lassen.

Berlin, den 3. März 1921.

Die Auslands-Vertretung der S. D. A. P. Rußlands:
R. Abramowitsch, L. Martow.

### Protest der sozialistischen Partei in Paris

Die Generalversammlung der Pariser Sektionen der französischen sozialistischen Partei nahm einstimmig am 27. Februar nachfolgende Protestresolution an:

**„Die französische sozialistische Partei erhebt flammenden Protest gegen den Ueberfall der Bolschewisten auf die georgische sozialistische Republik. Indem sie den Friedensvertrag verletzten, der zwischen Georgien und Sowjet-Rußland bestand, überfielen die bolschewistischen Truppen Georgien ohne die mindeste Veranlassung von seiner Seite und bedrohen mit Tod und Krieg das georgische Volk, das nichts anderes wollte, als in Frieden und Freiheit zu leben. Dieser schmachvolle Ueberfall zeigt der ganzen Welt, mit welch einer unheilvollen Gefahr der Bolschewismus die Menschheit bedroht.**

**Die französische sozialistische Partei, die den Krieg verabscheut, brandmarkt diese neue Freveltat der Bolschewisten, die die Entrüstung der Arbeiterschaft hervorrufen wird."**

*

Die Deutsch-Oesterreichische Regierung hat soeben die staatliche Unabhängigkeit Georgiens de jure anerkannt.

# Belagerungszustand während der Abstimmung

Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß die Interalliierte Kommission schon in den nächsten Tagen über das oberschlesische Abstimmungsgebiet sowohl den Belagerungszustand wie das Standrecht verhängen werde. Die Meldung ist in dieser Form unrichtig. Die Interalliierte Kommission erklärt, daß sie zwar den Belagerungszustand verhängen wolle, aber lediglich für die Zeit der Abstimmung, er soll auch erst wenige Tage vor der Abstimmung selbst in Kraft treten. Die deutsche Regierung hatte dazu eilfertig verkünden lassen, daß sie die Verhängung des Belagerungszustandes sehr begrüße, da dadurch der ernste Wille der Interalliierten Kommission bekundet würde, Ruhe und Ordnung in Oberschlesien aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung ist also grundsätzlich Anhängerin des Belagerungszustandes. Aus diesem Grunde unternimmt sie wohl auch nichts ernsthaftes gegen die bayrische Regierung.

Nach einer weiteren Anordnung der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission sollen die Personen, die am 20. März nicht abstimmen können, z. B. Apobeamte, Beamte der Strafanstalten und sonstige Polizeibeamte, am 13. März abstimmen.

### Die Fahrt zur Abstimmung

Wie uns mitgeteilt wird, sind alle Vorbereitungen für die Reise der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien getroffen. Die Kranken und die alten Leute über 60 Jahre fahren zweiter Klasse, jeder Zug führt einen Arzt, Krankenschwester und Krankenpfleger mit. Für jeden Zug ist eine Extra-Heizlokomotive bereitgestellt, damit die Reise in gut durchwärmten Abteilen vor sich gehen kann. Es werden in der Zeit vom 9. bis 18. März 250 Extrazüge gefahren, während am 19. März nur noch ein Zug fährt, der Nachzügler aufnimmt. Von Berlin aus fahren jeden Tag fünf Züge nach Oberschlesien, die aber nur mit 80 Prozent besetzt sind, damit auch unterwegs auf den Zwischenstationen jeder Hinzukommende seinen bequemen Sitzplatz findet. Verpflegung braucht niemand auf diese Reise mitzunehmen. Hierfür ist auf allen Stationen aufs beste gesorgt.

In den oberschlesischen Ortschaften ist der Beschluß gefaßt worden, daß Männer und Kinder ihre Betten den Gästen aus dem Reich zur Verfügung stellen, während sie selbst in Turnhallen, Schulen, Massenquartieren usw. nächtigen. Keiner der Abstimmungsberechtigten wird also in einem Massenquartier untergebracht.

# Antisemitismus und Sozialdemokratie

Von Frau Wally Zepler geht uns die nachfolgende Mitteilung mit diesen Zeilen zu: „Hierdurch gebeute ich mir, Sie um gefällige Aufnahme beiliegender Notiz in der „Freiheit" ergebenst zu ersuchen. Es ist eine Glosse zu einer neulich im „Vorwärts" erschienenen Notiz, deren Aufnahme das Zentralorgan meiner Partei ablehnte. Da ich es für wichtig halte, die Arbeiterschaft auf die Notwendigkeit einer festeren Stellungnahme gegenüber dem Antisemitismus aufmerksam zu machen, nehme ich die Gastfreundschaft Ihres Blattes in Anspruch."

Der „Vorwärts" vom 19. Februar verteidigt in einer Notiz: „Wie man jüdische Führer „macht", die S. P. D. gegen die von den Reaktionären dauernd demagogisch ausgeschlachtete Behauptung, daß der Sozialismus quasi eine jüdische Erfindung und seine Führer auch heute noch vorwiegend Juden seien. Er führt demgegenüber die Namen verstorbener Führer des Sozialismus an, die in einer Veröffentlichung des Pommerschen Landbundes fälschlich als Juden bezeichnet waren (Engels, Bebel usw.), und hebt eine Reihe anderer Sozialdemokraten hervor, „die von der Sozialdemokratie in die höchsten Posten gesandt wurden" und in der Liste jener Veröffentlichung fehlten. Diese Aufführung rein deutscher Führernamen in Sperrdruck wie die ganze Verteidigung des Zentralorgans einer Partei, die früher stets mit der größten Verachtung auf den Antisemitismus herabsah, dürfte doch in der Oeffentlichkeit einen etwas sonderbaren Eindruck machen und manche Leute zu der gewiß irrigen Auffassung veranlassen, daß man es jetzt in der Sozialdemokratie wirklich als eine Schande ansieht, Juden zu Führern zu haben. Auch ist es gar gar nicht zu bestreiten, daß in der Tatsache die Landbündler e tutti quanti recht haben: sind auch Engels, Bebel und alle die vom „Vorwärts" genannten jetzigen Führer keine Juden, so doch zahlreiche andere; vor allem sind und bleiben es Marx, der geistige Schöpfer des modernen Sozialismus, wie Lassalle, der Schöpfer der deutschen Arbeiterbewegung, und ihr ungeheurer Einfluß noch auf die heutigen Lehren der Partei läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Wissen doch auch die Gegner des Sozialismus, daß jeder theoretische Streit sich auch jetzt noch um die Frage zu drehen pflegt, was in Wahrheit „marxistisch" sei.

Besser und den Anschauungen der Partei gemäßer als Selbstverteidigungen dieser Art dürfte es deshalb sein, wenn der „Vorwärts" in seiner Stellungnahme gegenüber den Antisemiten zu der früheren Methode zurückkehrte und sagte: Gewiß, nicht nur die Gründer des modernen Sozialismus, auch viele seiner besten Führer waren und sind Juden. Das ist ein Ehrenzeichen für die Juden, und es ist ein Ehrenzeichen für die deutsche Arbeiterschaft, daß sie die Größe dieser jüdischen Männer und ihrer Ideen erkannt hat.

Wally Zepler.

# Der Aulock-Prozeß

Die Vernehmung des Zeugen Fiebach aus Leerbeutel bei Breslau, hate besonderes Interesse. Schon lange vor dem Kapp-Putsch waren auf seiner Besitzung eine Anzahl Aulock-Soldaten und Offiziere untergebracht. Er mußte gegen die Leute aber Beschwerde führen, weil sie sich nicht gut führten. Die Soldaten wurden dann auch aus dem Quartier entfernt. Am 17. März, früh 7 Uhr, wurde Fiebach von einer Anzahl Aulock-Soldaten auf seiner Besitzung verhaftet. Der Grund zur Verhaftung wurde ihm nicht mitgeteilt. Als der Zeuge bei der Verhaftung, die er nicht für Ernst nahm, frug, warum man einen solchen Scherz mit ihm mache, wurde er angeschrien, und schließlich wurde ihm mitgeteilt, daß eine schwere Sache gegen ihn vorliege. Die schwere Sache sollte darin bestehen, daß er sich mit dem Stadtbaurat Berg (Sozialist), telephonisch unterhalten habe. Fiebach erklärte, das sei eine Lüge, da er den Stadtbaurat überhaupt nicht kenne.

**Sofort wollte ein Offizier auf ihn einschlagen,**

doch sprang ein anderer Offizier dazwischen. Mehrere Stunden mußte Fiebach sodann mit dem Gesicht nach der Wand in seinem Zimmer stehen. Die Ehefrau des Fiebach hatte sich inzwischen mit einem Anwalt in Verbindung gesetzt und es wurde eine Kaution von 30 000 Mark, von einem Bankhaus sogar eine solche von 100 000 Mark für seine Freilassung geboten. Aber es kam nicht hierzu. **Dagegen soll Oberleutnant Aulock gesagt haben, Fiebach solle der Truppe 2000 Mark schenken, dann würde seine Freilassung erfolgen.** Während er an der Wand stand, trat ein Soldat an ihn heran und rief aus: „Siehst Du, Du Lump, jetzt bist Du in unserer Gewalt, jetzt entkommst Du uns nicht mehr!" Diese Äußerungen hat nach Angaben eines Postens Biskup getan.

Der Buchdrucker Müller wurde am 17. März vor der Hauptpost verhaftet, weil er ein Plakat abriß. Zuerst wurde er im Postamt geschlagen und mit **Handgranaten bearbeitet**, ebenso mit

**einer Reitpeitsche, in der Stachel gewesen**

sind. Im Generalkommando will der Zeuge auch von Walter geohrfeigt worden sein. Der Buchdrucker Ruppelt beginnt seine Vernehmung mit der Mitteilung, daß er dieses Jahr aus der Kirche austreten werde und vorläufig den Eid in der religiösen Form leisten werde. Seine Aussagen bestätigen die des vorher vernommenen Zeugen. Landgerichtsrat (Untersuchungsrichter) Plaschke erklärte, die Voruntersuchung sei nicht parteiisch geführt worden. Zu einer politischen Partei bekenne er sich überhaupt nicht. Er bestreitet in Biskups Gegenwart einen Stuhl zerschlagen zu haben, und von einem Gerichtsdiener zur Ruhe ermahnt worden zu sein.

Der Bahnbeamte Urbanek wurde am 16. März ohne jeden Grund in der Nähe des Hauptbahnhofs mit seinem Freunde, dem Mechaniker Soawstecho, festgenommen. Beide wurden dann zur Hauptwache des Hauptbahnhofs gebracht und dort gleich Schwerverbrechern mißhandelt. Der Zeuge Urbanek bat dort den anwesenden Offizier um seine Entlassung, er sei seit 15 Jahren Bahnwärter. Der Offizier rief ihm die Worte zu:

**Halt die Fresse, sonst kriegst du noch eins."**

Dann ging es zum Generalkommando. Sein Freund habe auf die Frage des Offiziers nicht geantwortet, **weshalb er einen Hieb mit einem Gummiknüppel über den Schädel erhielt.** Der frühere Aulock-Soldat, technischer Zeichner Georg Klose, will niemals bemerkt haben, daß im Generalkommando Leute mißhandelt wurden. Er schildert den Angeklagten Walter als ein Vorbild der Soldaten, der die Soldaten vor Mißhandlungen warnte. Einmal habe er im Generalkommando eingeleferte Leute gesehen, die schwer verletzt waren, aber bereits mit Verletzungen eingeliefert wurden. Der Student der Nationalökonomie Grothaus-Würzburg war zeitfreiwilliger Offizier bei der Aulocktruppe. Er verhörte die Eingebrachten im Wachtlokal und gibt an, daß Leute nach seinem Wissen mißhandelt worden seien. Er habe dies oft mit Erfolg verhindert. Auch in den oberen Räumen seien Leute nicht gut behandelt worden. Ob sich die Angeklagten bei diesen Mißhandlungen beteiligt hätten, wisse er nicht. Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vormittags vertagt.

# Einfältiges Gerede

Unter der Ueberschrift „Korruption in der U. S. P. Oberschlesiens" bequemt sich die „Rote Fahne" in ihrer heutigen Morgenausgabe dazu, etwas zu dem „Offenen Brief" der Gleiwitzer Arbeiter an die Kommunistische Zentrale zu sagen. Sie wiederholt die Behauptung, die wir schon einmal zurückgewiesen haben, daß die 50 000 Mark-Affäre ihrer Gleiwitzer Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu Lasten gelegt werden müsse. Wir wollen deshalb noch einmal mit aller Deutlichkeit betonen, daß uns diese Geschichte erst bekanntgeworden ist, als Herr Nau schon längst ausgeschlossenes Mitglied der Kommunistischen Partei Oberschlesiens war. Nicht die U. S. P. hat ihm ein Vertrauensvotum ausgestellt, sondern das waren seine kommunistischen Parteigenossen. Wenn also von Korruption überhaupt die Rede sein kann, so ist sie in der Kommunistischen Partei zu finden.

Das Blatt begnügt sich aber nicht mit seinem einfältigen Gerede über unsere Partei, es wirft jetzt auch den Gleiwitzer Arbeitern, die uns den „Offenen Brief" an die Zentrale der K. P. D. mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt hatten, vor, daß sie erhebliche Unterstützungen aus dem „Rauschen Korruptionsfonds" erhalten hätten. Wir müssen es diesen Arbeitern, die wir nicht kennen, die sich aber als Kommunisten bezeichnen, und durch die Nennung ihres vollen Namens zu erkennen geben, daß sie nichts zu verbergen haben, überlassen, auf die Beschimpfungen der „Roten Fahne" zu antworten.

Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei in Oberschlesien sich infolge der dummen Paroleausgaben in völliger Auflösung befindet, kann durch solche Schimpfereien nicht aus der Welt geschafft werden.

**Wilsons Privatberuf.** Wilson hat bekanntgegeben, daß er sich als Anwalt niederlassen und mit Colby, seinem früheren Staatssekretär, zusammen arbeiten wird. Er wird in Washington und New York Bureaus eröffnen.

**Deutsch-argentinische Flottentransaktion.** Aus den Beratungen des argentinischen Abgeordnetenhauses ist nunmehr offiziell bekannt geworden, daß die Flotte der deutschen Hamburg—Amerika-Linie auf eine argentinische Gesellschaft übertragen worden ist und in Zukunft unter argentinischer Flagge fahren wird.

---

Ueber dem Mangel gegenseitiger Abgestimmtheit (wahrscheinlich infolge ungenügender Proben) konnte auch der sonst so überragende Stab Nikischs nicht hinwegtäuschen. Hans Huberts Klavierkonzert B-Dur fand bei dieser lässigen Musikbetriebsamkeit keine erschöpfende Ausdeutung. Das Werk mutet besonders dürftig und inhaltsarm im Klavierpart an; die ganze Art der Anlage trägt mehr den Charakter eines Orchesterstückes mit obligater Klavierbegleitung (der 3. Satz ist ein Intermezzo für Orchester allein). Triebkräftige Melodik ist nur in spärlichen Ansätzen enthalten, dagegen ist in dem unphantastischen „Scherzo fantastique" an mehreren Stellen harmonisches Aufwogen durch geschickt angewendete Instrumentation erzielt. Alice Hasler-Landolt kämpfte mit sorgfältig detaillierender, anpassungsgewandter Künstlerschaft um Fühlung mit dem Orchester. In der eingeschalteten „Kleinen Suite" op. 27 von Volkmar Andreae — ganz im Straußschen Geiste gehalten voll glitzernder Reflexe und volkstümlichen Humors — ging Nikisch mit jugendlicher Elastizität auf.

Nach dem Tode Schuberts wurde eine Anzahl seiner Lieder vom Verleger unter dem Sammelnamen „Schwanengesang" veröffentlicht. Eine innere Zusammengehörigkeit verbindet diesen provisorischen Zyklus nicht wie etwa die „Müllerlieder" oder die „Winterreise". Aus der Uneinheitlichkeit der Stimmungsinhalte erklärt sich die verschiedenwertige Interpretation, die Wilhelm Brodersen den einzelnen Liedern zuteil werden ließ. Der beseelte dramatische Bariton, der den tiefsten Düllerheiten nachzusinnen vermag, verfügt nicht in gleichem Maße über lyrischen Ausdruck. Während spielerische Gebilde wie die „Taubenpost" in seinem Munde flach und trivialisiert klangen, war „Der Doppelgänger", „Ihr Bild" von zwingender innerer Gewalt.

Im Zirkus Busch sangen am Sonntag vormittag 2000 Gemeindeschulkinder. Zu heller Begeisterung riß der jubelnde, kristallreine Klang ihrer Stimmen hin. Der schmetternde Zusammenhall dieser unverdorbenen Kehlen ist unmittelbarste, in tiefste Seele leuchtende Kunst — Kunst, unbefleckt empfangen aus dem lautersten Atem der Natur. Sonnenschein, der den Staub der Erde noch nicht berührt hat oder — bis jetzt noch ungetrübt darüber hinweggeglitten ist.

F. F. Windisch

**Proletarische Feierstunden.** Die nichtverkauften Karten müssen bis morgen früh 9 Uhr im Großen Schauspielhause zurückgegeben werden.

**Walhalla-Theater.** Die Erstaufführung des Vogelhändlers, Carl Zeller, der von dem Uebel Operette sicher eines der kleineren Uebel ist, fand ein sehr beifallsfreudiges Publikum. Aber diese Aufnahme der Aufführung konnte nicht verdecken, daß mit allzu groben Mitteln gearbeitet wurde. Der Humor würde besser und geschmackvoller wirken, wenn er weniger plump und mit weniger fausdicken „zeitgemäßen" Improvisationen vorgetragen würde. Am besten sang Herr Willenz (Vogelhändler), besonders das Nachtigallenlied. dr.

**Eine italienische Kunstausstellung in Berlin.** Der Ausstellung junger holländischer Kunst, die kürzlich die „Kornschener" in der modernen Abteilung der Berliner National-Galerie im Kronprinzenpalais veranstaltete, soll demnächst eine Ausstellung moderner italienischer Kunst folgen. Es ist der Künstlerkreis, der sich um die neue italienische Monatsschrift „Valori Plastici" gruppiert; vor allen Carlo Carra, Giorgio de Chirico, Ardengo, Sofici, von Frauen die Baltin Edita Walterowna Zur-Muehlen u. a. Dieser Künstlerkreis, der seine Zeitschrift jetzt auch in einer französischen Ausgabe veröffentlicht, entwickelt sich zu einer zentralen Gruppe für moderne Kunst in den romanischen Ländern, und so darf man seiner ersten deutschen Ausstellung, der im Austausch eine deutsche Kunstausstellung in Italien folgen soll, mit Interesse entgegensehen.

**Eine künstlerische Maifeier** beabsichtigt die Volksbühne. Sie wird zum 1. Mai als besondere Veranstaltung die Uraufführung von Kurt Eisners nachgelassenem Werk „Die Götterprüfung" herausbringen. Diese aus innerstem Erleben geborene, die Revolution vorausahnende „weltpolitische" Komödie wurde bereits in den neunziger Jahren von Eisner im Gefängnis begonnen und während seiner Haft im Jahre 1918 zu Ende geführt.

**Eine Warnung vor Berlin** spricht der Schutzverband freier Bühnenangehöriger aus. Die Verhältnisse unter den stellenlosen Bühnenkünstlern sind trostlos, die Filmbörse ist überfüllt, vor der Reise nach Berlin kann daher nur dringend gewarnt werden.

**Die Arbeitsschule.** Der Rat der Stadt Leipzig hat die Errichtung einer Arbeitsversuchsschule beschlossen, in der vor allem der Gedanke der Arbeitsschule verwirklicht werden soll. Die Anstalt wird für die Umgestaltung des Leipziger Volksschulwesens von ausschlaggebender Bedeutung sein.

**Ein schlagfertiger Redner.** Als Lloyd George eines Tages eine politische Rede hielt, der auch eine größere Zahl wilder Frauenrechtlerinnen beiwohnte, und dabei eine Aeußerung tat, die eine der Frauen sehr erregte, rief diese: „Wenn ich Ihre Frau wäre, würde ich Ihnen Gift geben!" „Und wenn ich Ihr Mann wäre, so würde ich es nehmen!" antwortete der schlagfertige Redner.

### Tages-Notizen

**Veranstaltungen von Neukölln (Jugendamt):** Mittwoch, 9. März, Realschule Boddinstraße, Lichtbildervortrag „Neuköllns Vergangenheit". Vortragender: Rektor Müller. Anfang 7½ Uhr. Karten 50 Pf. im Rathaus, Zimmer 226 und bei den Jugendleitern der Vereine.

**Neu- und Erstaufführungen.** Staatsoper: Così fan tutte von Mozart, Dienstag. — Neues Volkstheater: Der Mann Jesber von G. v. Wangenheim, Freitag. — Großes Schauspielhaus: Kaufmann von Venedig von Shakespeare.

**Landwirtschaftliche Lehrfilme.** Mit Unterstützung des preußischen Landwirtschaftsministers wird von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht und dem Zentralausschuß für ländliche Lichtspiele des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege vom 21.—23. März ein Lehrgang über Methodik, Technik und Organisation von Filmvorführungen veranstaltet. — An den Vormittagen finden im Zentralinstitut (Potsdamer Str. 120) Vorträge statt. Nachmittags kommen in den Kammerlichtspielen, Kötzener Str. 1—4, landwirtschaftliche Lehrfilme zur Vorführung, und zwar am 21. März über „die Kartoffel", am 22. März über „die drei großen deutschen Kinderkassen", am 23. März über die „deutsche landwirtschaftliche Pflanzenzucht" und Bilder aus dem „Schweinezuchtfilm" der Ufa. Teilnehmerkarten gibt die Geschäftsstelle des Zentralausschusses für Landlichtspiele, Berlin SW 11, Bernburger Straße 15, aus.

# Groß-Berlin

## Reaktionäre Offenheit!

Die dringendsten Fragen des Wohnungswesens behandelte ein Referat, das Direktor Dieske in der letzten Sitzung des **Bürgerbundes Charlottenburg** hielt. Der Referent legte dar, wie die Zwangswirtschaft in dem Bestreben, die Mieter vor Ausnutzung durch den Hausbesitzer während der Wohnungsknappheit zu schützen, eine katastrophale Wohnungsnot herbeigeführt hat, da infolge der künstlich niedrig gehaltenen Mieten nicht mehr gebaut wurde.

**Damit wird recht nett zugegeben**, daß sich die Bautätigkeit **nicht** nach der Wohnungsnot, sondern nach der **Rentabilität** richtete; der bürgerliche Referent legt mit aller wünschenswerten Offenheit das leitende Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an dem Beispiel des Wohnungsbaues dar: Die Produktion, die Herstellung neuer Wohnungen richtet sich nicht nach dem Bedarf der Bevölkerung, sondern nach dem Profitinteresse der Unternehmer! Es heißt dann in dem Bericht über diese Rede weiter:

„Nun, wo durch die Zwangswirtschaft das Bau- und Wohnungswesen in einen so krankhaften Zustand geraten sei, könne die Zwangswirtschaft nur allmählich abgebaut werden. **Der Abbau der Zwangswirtschaft**, wenigstens für Neubauten, sei **einer der wenigen Lichtblicke** in dem Reichsmietengesetzentwurf. Eine kaufmännisch richtig kalkulierte Rentabilität der Häuser sei noch lange nicht erreicht, trotzdem die Behörden sich über die verzweifelte Lage des Hausbesitzers schon etwas klarer geworden sind. Besserung kann nur geschaffen werden auf Grund eines deutlichen Bekenntnisses der Regierung, ob der Hausbesitz in irgendeiner Form sozialisiert werden soll oder nicht. **Wenn diese Gefahr gebannt ist**, sei eine Verständigung möglich, dann aber auch ziemlich einfach, sonst nicht, denn nur die dümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber".

Mit derselben Deutlichkeit wie oben, wird hier den Mietern demonstriert, daß der Hausbesitz den Abbau der Zwangswirtschaft als einen „Lichtblick" betrachtet, er sieht schon wieder die goldene Sonne des Profits über seinem Spekulationsgebiet aufgehen. Dann werden natürlich auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens dieselben Erscheinungen zu verzeichnen sein, wie in der Lebensmittel- und Schuhwarenversorgung bei Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung, nämlich ein gewaltiges Hochschnellen der Preise. Es ist sicher, daß auch vom sozialistischen Standpunkt die heutige Organisation der Zwangswirtschaft, besonders in der Wohnungsvermittlung, wahrhaftig kein Ideal darstellt. Aber für Berlin sollte doch zum mindesten durch die Bezirksämter eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Wohnungen mit Hilfe gründlicher statistischer Erfassung und durchgreifender Maßnahmen angestrebt werden!

Daß der privatkapitalistische Hausbesitz und die Wohnungsspekulation die Sozialisierung als eine „Gefahr" betrachtet, die man durch eine Regierungserklärung erst gebannt wissen will, bevor man zu einer wirtschaftlichen „Verständigung" (?) komme, ist nur natürlich. Um so mehr muß gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die am meisten unter der Wohnungsnot zu leiden hat, die Sozialisierung des Bergbaues und seiner Hilfsindustrien angestrebt werden, denn Sozialisierung bedeutet die Aufhebung des oben charakterisierten Prinzips: **Nicht der Profit der Unternehmer, sondern der Bedarf der Bevölkerung soll der Grundsatz der Wirtschaft sein!**

---

**Die gartenbauliche Betätigung von Schulkindern gehört zu den** Aufgaben des Jugendpflegeamtes. Dieses Gebiet konnte bisher nicht weiter ausgebaut werden, da nicht genügend Gelände in nächster Umgebung Berlins hierfür gewonnen werden konnte. Bisher konnten von den die oberen Klassen besuchenden Kindern (rund 56 000) nur 900 an der gartenbaulichen Betätigung zugelassen werden, und zwar nur Kinder der Schulen im Norden Berlins, da das Gelände, welches von der Gutsverwaltung in Blankenfelde für diese Zwecke zur Verfügung gestellt war, für die anderen Schulen zu weit gelegen war. Um gerade dieses für unsere Volksernährung so wichtige Gebiet einer größeren Anzahl Kinder zugänglich zu machen, ist es eine wichtige Aufgabe des Jugendpflegeamtes, genügend Gelände für diese Zwecke zu gewinnen. Die Deputation der städtischen Wasserwerke hat sich zur Ueberlassung des alten Oberförstereigeländes in der Wuhlheide für genannte Zwecke bereit erklärt. Dies Gelände hat eine Größe von 30 Morgen. Es sollen hiervon 12 Morgen für gartenbauliche Betätigung hergerichtet werden. Der Rest soll zur Erweiterung des Spielplatzes in der Wuhlheide dienen. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen mit dem Ersuchen, für die erste Einrichtung, insbesondere für die Bewässerungsanlage, Einrichtung des Bodens, Dungankauf und dessen Anfuhr sowie den Pachtzins für das erste Jahr rund 20 000 M. zu bewilligen.

**Die bevorstehende Frühjahrsbestellung der Kleingärten** wird manchem Pächter und Kolonisten Veranlassung geben, sich durch Erwerb eines gärtnerischen bzw. landwirtschaftlichen Lehrbuches, die darin gegebenen Ratschläge und Empfehlungen zunutze zu machen. Abgesehen davon, daß nicht jedes Lehrbuch den gestellten Anforderungen, insbesondere auf diesem oder jenem Spezialgebiet vollauf genügt, werden viele Kleingartenbesitzer, im Hinblick auf die verhältnismäßig hohen Gestehungskosten dieser fachwissenschaftlichen Werke, von der Beschaffung eines Buches Abstand nehmen müssen. Die Stadt Neukölln hat bereits den berechtigten Wünschen der Laubenkolonisten und Kleingärtner nach fachmännischer Beratung in der Weise Rechnung getragen, daß eine besondere Auskunfts- und Beratungsstelle dem städtischen Kleingartenamt angegliedert worden ist, woselbst Dienstags und Freitags, in der Zeit von 5—6 Uhr nachmittags, Auskünfte über Fragen der Bodenbearbeitung, Düngung, Aussaat, Sortenwahl, Schädlingsbekämpfung, Zimmerblumenpflege u. a. durch gartentechnische Beamte erteilt werden. Die Inanspruchnahme dieser Beratungsstelle, altes Rathaus, Zimmer 524, ist für jedermann **unentgeltlich** und wird somit allen Kleingärtnern im Interesse einer ausgiebigen Bewirtschaftung ihrer Gärten angelegentlichst empfohlen.

**Freigabe neuer Kohlenabschnitte.** Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Vom 5. März 1921 ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abschnitte freigegeben: Abschnitt 9a der 5-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 19a und b der 10-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 29a und b der 20-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 39a und b der 30-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 49a und b oder 59 und 69a und b der 40-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 19 und 20 der Sonderkarte. Bevorzugt zu beliefern sind die bereits früher freigegebenen Abschnitte der Koch-, Ofen-, Koks- und Sonderkarte, sofern sie nicht für verfallen erklärt sind. Infolge größerer Lagerbestände in Gasnußkoks dürfen in der Zeit vom 5. bis 31. März 1921 für jeden Haushalt gegen Vorlegung der bis zum 31. März 1921 geltenden graublauen Ausweiskarte bis zu 5 Zentner Gasnußkoks von einem beliebigen Kohlenhändler entnommen werden. Der Kohlenhändler hat die abgegebene Koksmenge auf der Rückseite der Ausweiskarte zu vermerken, diesen Vermerk zu unterzeichnen oder mit Firmenstempel zu versehen und die gelieferte Koksmenge unter Angabe von Name und Wohnung des Verbrauchers in eine Liste einzutragen. Eine Abtrennung von Kohlenkartenabschnitten für die in der Liste verzeichneten Koksmengen ist unzulässig. Die Eintragung auf der Rückseite der Ausweiskarte ermöglicht dem Verbraucher, die zustehende Koksmenge in Teilmengen bei verschiedenen Kohlenhändlern zu beziehen.

**Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Norden,** veranstaltet am Sonntag, den 6. März eine Kindertour nach Birkenwerder. Treffpunkt Himmelfahrtskirche, am Bahnhof Gesundbrunnen, 7½ Uhr morgens.

**Cöpenick.** „Jugendweihe" am 27. März 1921 (1. Ostertag), vormittags 10 Uhr, in der Aula der Körnerschule. Festrede Herr Waldeck Manasse. Außerdem ein auserlesenes Programm. Eintrittskarten zu 2 M. in den Unterrichtsstunden der „Freireligiösen Gemeinde" (Schule Borgmannstraße jeden Freitag von 3 bis 5 Uhr, Schule Wilhelmstraße jeden Dienstag von 3—5 Uhr), sowie in der Ausgabestelle dieser Zeitung (Kietzerstraße 6, Laden) bei Schlag, nur noch in beschränkter Anzahl zu haben. Diejenigen Kinder, welche die Weihe erhalten, müssen am Dienstag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, in der 2. Gemeindeschule (Wilhelmstraße), bestimmt erscheinen. Am Sonnabend, den 9. April, „Schulentlassungsfeier" im großen Saale des Stadttheaters. Eintritt 1,50 M., **Kinder frei. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe am Sonntag, den 6. März**, nachmittags 5 Uhr, im Stadttheater. **Wichtige Tagesordnung. Gäste willkommen.** Freireligiöse Gemeinde, Ortsgruppe Cöpenick.

**Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag.** Ziemlich kühl, zeitweise heiter bei frischen westlichen bis südwestlichen Winden. Nachher neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen.

# Gewerkschaftliches

## Sipo beschützt — Särge

Der Streik in der Sargindustrie hat die sonderbarsten Blüten im Beerdigungswesen gezeitigt. Da derselbe ganz allgemein eingesetzt hatte, war es mit der sonstigen Einmütigkeit der Unternehmer vorbei. Bemerkenswert ist aber bei dieser Bewegung die gleiche Erscheinung, die schon von uns bei der Bewegung der Karosseriearbeiter zu verzeichnen war, nämlich, daß die **Sipo** sich auch hier in den wirtschaftlichen Kampf **einmischt**. Wer aus irgendwelchen Gründen gezwungen war, des Nachts die Straßen zu durchwandeln, konnte oft absonderliche Leichenbegängnisse beobachten. So begegnete uns nicht nur einmal so ein Sargtransport, auf dessen hohem Kutschbock zwei **Grüne** ihres sonderbaren Amtes walteten. Es handelt sich hierbei natürlich nur um **Sargtransporte**, die nicht mit einem Leichenwagen gefahren werden. Schließlich sah man solche Transporte auch am Tage. Ergötzlich machte sich ein solcher Transport aber eines Abends gegen 11 Uhr, bei welchem dem **Sargwagen** eine **Kutsche** folgte, in derem Innern 4 — Grüne das Trauergefolge bildeten! Und das geschieht, obwohl bereits 50 Proz. aller **Sargfirmen** die Forderungen der Streikenden **bewilligt** haben. Es ist also durchaus nicht nötig, den Bedarf an Särgen bei den bestreikten Firmen zu decken. Dieser Ansicht gab auch eine dieser Tage stattgefundene Versammlung der **Fuhrwerksbetriebe** Ausdruck. Sie stellte sich einmütig auf den **Standpunkt**, den Transport von Särgen für **bestreikte Firmen** strikte **abzulehnen** und macht den Berufskollegen es zur dringenden Pflicht, diesem Beschluß nachzukommen, um so den hartgesottenen unter den Unternehmern nicht noch den Rücken zu stärken. Die Transporte von bewilligten Firmen sind mit **Legitimationskarten** versehen, wenn diese nicht vorgewiesen werden können, ist der Transport Streikarbeit.

---

## Falsche Gerüchte

Die Presse bringt Notizen von bevorstehenden neuen Lohnkämpfen der städtischen Angestellten und Hilfskräfte. Dies trifft **nicht zu!** Das freigewerkschaftliche Tarifkartell (6 Großorganisationen) hat den Schiedsspruch vom 9. Februar angenommen und den Tarif **nicht gekündigt**. Eine verschwindend kleine Gruppe (der Hand- und Kopfarbeiter) versucht Verwirrung in die Reihen der Arbeitnehmer zu tragen. Die große Masse der Arbeiter und Angestellten hat mit dieser Gruppe **nichts** zu tun und lehnt deren Machenschaften grundsätzlich ab.

Zentralverband der Angestellten, Groß-Berlin.

## Zum Streik im Glas- und Keramik-Großhandel

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels, Fachgruppe Glas und Keramik, veröffentlichte in der „B. Z. am Mittag" durch ein Inserat eine sogenannte „Aufklärung" über den Streik der Angestellten in dieser Branche. Demgegenüber stellen wir in aller Oeffentlichkeit fest, daß 1. in den direkten Verhandlungen am 26. Januar der Verhandlungskommission der Angestellten überhaupt keine positiven Zugeständnisse gemacht wurden, 2. der am 4. Februar gefällte Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses nur monatliche Zulagen von 15—130 Mk., im Durchschnitt also 65 M. vorsah.

Der Schiedsspruch war genau nach den Richtlinien abgefaßt, die während der Verhandlung von der Arbeitgeberkommission dem Unparteiischen überreicht wurden. Dieser Schiedsspruch kam nur mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Unparteiischen zustande und wies in allen Gehaltsstufen niedrigere Gehälter auf, als der Schiedsspruch vom 6. Oktober 1920, nach welchem die letzte Tarifregelung erfolgte.

**Wir überlassen es der Oeffentlichkeit, festzustellen, ob Gehaltszulagen von 65 Mark** eine „kaum erträgliche" Belastung für eine Branche bedeuten, in welcher die Unternehmer massenhaft Lebensmittelpakete von der Provinzkundschaft bekamen, nur, um überhaupt Ware zu erhalten. 3. stellen wir fest, daß der Demobilmachungskommissar nach den eigenen Worten des Vertreters des Arbeitgeberverbandes in erster Linie von diesem angerufen wurde, um festzustellen, wer angeblich in erster Linie die Schuld an den Streitigkeiten trage und daß an erneuten direkten Verhandlungen die Arbeitgeber kein Interesse hätten.

Als letztes Wort wurden von den Arbeitgebern dann erneute Zulagen von 5—50 M., im Durchschnitt also **22,50 Mark**, geboten. Die Angestelltenkommission erklärte wiederholt, daß sie zu einer friedlichen Lösung durchaus bereit sei und ermäßigte die Forderungen um 75 M.

Hervorzuheben ist dabei, daß die jetzt gezahlten **Gehälter** in dieser Branche zu den **niedrigsten** in Groß-Berlin rechnen.

Es ist unwahr, daß das letzte Angebot der Arbeitgeber in schroffer Weise abgelehnt wurde. Wir erklären erneut, daß wir **jederzeit** zu Verhandlungen **bereit** sind; wenn die Herren Unternehmer aber glauben, daß sie das nicht nötig haben, wird der **Streik** der Angestellten in den nächsten Tagen bestimmt **verschärfte** Formen annehmen. Die Stimmung der Streikenden ist durchaus zuversichtlich und wird nicht im mindesten dadurch getrübt, daß einzelne Unternehmen, z. B. die Firmen Einwaldt, Lindenberg u. Co. und J. Edelstein ein oder zwei Leute fanden, die ihrer Kollegenschaft als Streikbrecher in den Rücken fallen. Durch Zeitungsinserate und bei den Arbeitsnachweisen werden jetzt von fast allen bestreikten Firmen Angestellte verlangt. Wir bitten die arbeitslose Kollegenschaft dringend um Solidarität.

Die Zentralstreikleitung.

---

**Zur Lohnbewegung der Kellerarbeiter.** Die Betriebsräte, Obleute und Vertrauensmänner aus den Weingroßhandlungen und Likörfabriken nahmen Stellung zu dem Verhalten der Arbeitgeber gegenüber den Lohnforderungen. Nachdem das **Lohnabkommen** form- und fristgerecht vom Deutschen Transportarbeiterverband **gekündigt** worden ist, sind die neuen Lohnsätze eingereicht worden mit dem Ersuchen, Verhandlungen zwecks gegenseitiger Verständigung einzuleiten. Der Verein der Weingroßhändler E. V. als auch der Verein der Likörfabrikanten E. V. sind in den Arbeitgeberverband der Getränke-Industrie und verwandter Berufe von Berlin, aufgegangen. Letzterer scheint eine **Scharfmacher**-Organisation zu sein, denn der neugeschaffene Industrieverband hält nicht für nötig, Antwort der Arbeitnehmer-Organisation zu geben. Er versteckt sich vielmehr dahinter, daß sich die Preise für Lebensmittel gesenkt haben und weiter eine Neigung zu Lohnerhöhungen nicht vorhanden sei. Nach reger Aussprache ging die Meinung dahin, die **Arbeit** geschlossen **niederzulegen**, damit jene Herren auch mal den Unterschied kennen lernen, was es heißt, den bisher aufrechterhaltenen Wirtschaftsfrieden gestört zu sehen. Auf Anraten der Branchenleitung ist jedoch beschlossen worden, den Streitfall dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Entscheidung zu unterbreiten; bis zu dessen Entscheidung haben Arbeitseinstellungen zu unterbleiben.

**Deutscher Portier-Verband.** Die für morgen im Gewerkschaftshaus angesetzte Sektionsversammlung beginnt schon um ½10 Uhr.

---

## Aus den Organisationen

### Sonnabend, 5. März

**Lichtenberg. 4. Viertel.** ½8 Uhr Funktionärsitzung bei Krüger, Türrschmidtstraße Ecke Kaskelstraße.

### Sonntag, 6. März

**Neukölln. 1. Bezirk.** Vorm. 8 Uhr Treffpunkt der Gen. im Bezirkslokal. Darauf 9 Uhr Besichtigung der Gasanstalt.

### Montag, 7. März

**2. Distrikt, 2. Abteilung.** 7 Uhr Bezirksführersitzung bei Krüger, Griemstr. 1.
**3. Distrikt, 4. Abtlg.** Abends 7 Uhr Bezirksführersitzung bei Kern, Schönleinstraße 26.
**6. Distrikt.** Abends 7 Uhr Distriktskonferenz bei Kopmik, Bernauerstr. 13.
**18. Distrikt.** Funktionärkonferenz 7 Uhr bei Büttner, Schwedter Str. 23.
**Weißensee.** Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission im Lokal Albert Borchert, Pistoriusstr. 16. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

## Vereinskalender

### Sonntag, 6. März

**Freie Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde.** 1. Fußball-Abtlg. spielt ab 12 Uhr gegen die drei Mannschaften des Fußballklubs „Viktoria", Oberweide, auf dem Sportplatz Karlshorst, Treskow-Allee.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komariner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.


**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Sonntag, den 6. März 1921, vorm. 9½ Uhr

**Gruppen-Versammlung**
der Werkzeugschleifer
in den Humboldt-Sälen, Hussitenstraße 48.

Tagesordnung:
1. Unsere Lohnbewegung.
2. Gruppenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Vertrauensleute treten eine ½ Stunde früher zu einer Besprechung zusammen.
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingte Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

**Strindberg**
Ausgewählte Romane
1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen
5 Bände 72 Mk. Gebunden
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Speditionen

**Wanzen**
Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
**Pfeifferol**
Erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 65, Schulstraße 16.

**Zeißfeldstecher**
und gute Photoapparate mit Zeissoptik werden ständig
zu kaufen gesucht
Photohaus Sieckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135. (Lützow 6289).

**Kleine Anzeigen**
Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

**Verkäufe**

**Genossen!** Raglans, Ulster, Schlüpfer, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Wintermodelle, sind eingetroffen in unübertroffener großer Auswahl von 500 Mk. an. Burgher, Bethzer Straße 20, vorn II. Fahrverbindung Kottbuser Brücke.

**Gelegenheitskauf.** Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 295.— Mark, Jünglingsanzüge 240.—, Ruß, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

**Kreuzfüchse 195.—.** Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzt. Herrengarderobe, Taschenuhren, Goldwarenlager. Staunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

**Möbel**

**Möbel,** gebraucht und neu. Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

**Reizende Schlafzimmer,** Ankleideschrank, Trumeau, Sofaumbau, Bettstellen, Anrichteküche, Schrank u. Vertikow, Ausziehtisch, Ruhebett, Büfett, Schreibtisch verkauft Teitz, Köpenicker Straße 154, IV.

**Chaiselongues** 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,—, bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Mielke, Augustfstr. 32a, Dugb.

**Billige Möbel,** Einzelmöbel, Schlafzimmer, Herren-, Wohn-, Speisezimmer in guter Ausführung. Stets Gelegenheitsposten durch Großeinkauf. Auf Wunsch Zahlungsziel. Möbel-Preise, Weinbergsweg 1. Firma beachten. Lesern dieser Zeitung 2½ Rabatt. Inserat mitbringen.

**Herrenzimmer,** Bibliothek, Diplomat, Rundtisch, Polstersessel, zwei Polsterstühle für 2650.—, Schlafzimmer Eiche, Ankleideschrank 1.30 Fase Spiegel echt Marmor 3750.—, Kleiderschränke, Schreibtisch 375.—, Ruhebetten 290.—, Hoffmanns Möbelspeicher Lothringer Straße 24, 25, 26.

**Chaiselongues** 295.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 130.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

**Küchen,** moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

**Kaufgesuche**

**Kokoski,** Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

**Photoapparate,** Objektive kauft Haller, Neue Königstr. 19 c.

**Werkzeuge und Maschinen**

**Kugellager,** Magnete, Zündkerzen kauft laufend Fahrzeugfabrik Schwedter Str. 258, 9—4 Uhr.

**Spiralbohrer.** Werkzeuge kauft für eigenen Bedarf Schwandt, Woldenberger Str. 10.

**Spiralbohrer,** Holz-, Schloß- u. Maschinenschrauben, Nägel, Feilen und diverse Werkzeuge kauft bei günstiger Preisstellung und einwandfreier Ware: Arno Anders & Co., Liegnitzer Str. 15. (Moritzpl. 15674).

**Boschkerzen,** alte, dreipolige, Kugellager kauft Autofeuker, Oderberger Str. 1.

**Ansiedelungen**

**Wandlitz-Basdorf,** Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 6½ Morgen Acker, Wiese, Fließ am Bahnhof. Häusen, Steglitz, Bismarckstr. 12, Fernsprecher 894.

**Tiermarkt**

**Hundeverkauf,** Kupieranstalt Hundefutterverk. Palisadenstr. 28.

**Verschiedenes**

**Fuhrgeschäft,** Zeitung, Möbeltransport sowie andere Fahren. Dorn, Rostocker Straße 34.